
2514/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 18.05.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Fiona Fiedler, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Psychische Unterstützung für Krankenhauspersonal im Zuge des Ukraine-Krieges

Im Zuge der Pandemie wurde ein größerer Fokus nicht nur auf psychische Gesundheit der Bevölkerung gelegt, sondern auch die Debatte über die Arbeitssituation von Krankenhauspersonal wurde angefeuert. Schon vor Jahren zeigte sich, dass im Krankenhaus mehrfache Belastungen für Mitarbeiter_innen entstehen: ein Überschuss an Patienten, mangelnde Verständigungsmöglichkeiten zwischen Patient_innen und Personal aus sprachlichen Gründen sowie potenziell gewaltbereite Patient_innen führen nicht nur zu Überarbeitung, sondern auch zu psychischer Belastung (1). Die folgenden Jahre der Pandemie haben diese Belastung aber keineswegs reduziert. Mehrstunden, Ausfälle von Kolleg_innen und eigene Absonderungen oder gar durchgearbeitete eigene Krankenstände haben die Arbeit in Krankenhäusern weiter unattraktiv gemacht, sodass viele Pflegekräfte mittlerweile an einen Berufswechsel denken (2).

Die Belastungen sind aber nicht nur auf die Mehrarbeit zurückzuführen, dass Krankenhäuser als Arbeitsplatz eine psychische Belastung darstellen, ist schon seit Jahren bekannt (3). Auch, dass die Auswirkungen der Pandemie sich besonders auf die Psyche schlagen, wurde in den vergangenen Jahren stärker thematisiert (4, 5). Besonders Depressionen und Angstsymptome sind verbreitet (6), also klassische psychische Ausprägungen, bei denen mit anlassbezogener Betreuung eine krankhafte Manifestation verhindert werden kann. In Folge dessen kamen Studien zu dem Ergebnis, dass die psychosoziale Unterstützung von Mitarbeiter_innen in Krankenhäusern als "systemrelevant" angesehen werden sollte (7).

Spricht man allerdings mit Krankenhauspersonal oder recherchiert die integrierten Angebote, finden sich wenig Informationen über psychische (psychologische, psychotherapeutische) Unterstützungsangebote für Krankenhauspersonal. Abseits der Spätfolgen der Pandemie, dem Personalmangel und der bisherigen Belastung führt der anhaltende Ukraine-Krieg nun aber zu einem erhöhten Aufkommen von Patient_innen, die keinerlei Kommunikationsmöglichkeiten haben und schwer traumatisiert sind. Infolgedessen steht auch Krankenhauspersonal vor noch einmal größeren Herausforderungen. Der Patient_innenkontakt wird durch die mangelnden Kommunikationsmöglichkeiten erschwert, Krankheitsbilder wie Takotsubo fallen noch dazu aus der täglichen Routine und erfordern daher das Beschreiten neuer Wege bei Diagnosen und der Ausnahmezustand der Patient_innen stellt auch die Mitarbeiter_innen vor emotionale Herausforderungen. Infolgedessen scheint es aufgrund der anhaltenden Krise angebracht, sich bei den Krankenhausbetreibern für eine bessere Versorgung von Mitarbeiter_innen einzusetzen.

Quellen:

1. <https://www.addendum.org/ambulanzen/ambulanz-alltag/>
2. <https://orf.at/stories/3216450/>
3. <https://www.grin.com/document/345358>
4. <https://healthcare-in-europe.com/de/news/studie-covid-19-belastet-psyche-von-pflegepersonal-stark.html>
5. <https://www.derstandard.at/story/2000131047957/notstand-in-spitaelern-und-pflegeeinrichtungen-beim-gesundheitspersonal-brennt-der-hut>
6. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/127258/Umfrage-offenbart-psychische-Belastung-bei-medizinischem-Personal-waehrend-der-COVID-19-Pandemie>
7. https://www.clemens-hausmann.at/images/2020_12_Juen_et_al_Empfehlungen_fuer_die_psychosoziale_Unterstuetzung_des_Krankenhauspersonals_Dezember%202020.pdf

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, sich bei den Bundesländern und weiteren Krankenhausbetreibern für eine bessere psychische Versorgung von Krankenhausmitarbeiter_innen im Rahmen ihrer Tätigkeit einzusetzen, um psychische Folgeschäden der Pandemie und des Ukraine-Kriegs zu abzufedern."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.